

## Deutsche Jugend hinter dem Eisernen Vorhang

### *I. Die Lage der Jugend in der sowjetischen Besatzungszone*

So wichtig es ist, sich mit den Grundfragen sowjetischer Pädagogik und Menschenführung zu beschäftigen, so wichtig ist es, den Tagesablauf eines Jugendlichen von drüben zu kennen, um seine Situation zu verstehen. Gerade an Hand konkreter Beispiele wird deutlich, welcher immenser Unterschied zwischen drüben und hier besteht und welche Folgen sich damit auch für uns verbinden. Wir sollten uns dabei vor Augen halten, daß alles, was drüben amtlicherseits geschieht (wobei gesagt werden muß, daß es nichts gibt, was nicht auf irgendwelche amtlichen Anordnungen hin erfolgt), als eine Arbeit für die Zukunft gedacht ist, deren Träger die Jugend einmal sein wird.

Es läßt sich nicht mehr verschweigen, daß sich seit Beendigung des unglückseligen Krieges für die Zone nicht nur durch die Besatzungsmächte das Alltagsbild wie in keiner der anderen damaligen Besatzungszonen grundlegend verändert hat, sondern daß hier in einer planmäßigen Weise die Sowjetisierung Mittel- und Ostdeutschlands begann. Die Jungen und Mädchen, die in diesem Jahr die Volksschule verlassen, haben nichts anderes kennengelernt, seitdem sie vorschulpflichtig den Kindergarten durchlaufen haben, der überwiegend von staatlich geschulten und entsprechend ausgerichteten Kindergärtnerinnen geleitet wird. Die konfessionellen Kindergärten sind inzwischen erheblich reduziert worden, ganz abgesehen davon, daß auch diese der Aufsichtspflicht des roten Schulrats unterstehen. Die darauffolgende Schulzeit hat von Jahr zu Jahr eine straffere Ausrichtung im Sinne der Sowjetpädagogik bekommen. Hierzu waren dem Staat alle Mittel recht, wobei man daran erinnern muß, daß durchweg 80 vH der Lehrkräfte, Leiter und Direktoren der Schulen zu 100 vH, Menschen sind, die als treue Diener ihres Staates und überzeugte Anhänger des Systems gelten. Selbstverständlich muß auch eingeräumt werden, daß ein nicht unerheblicher Teil, sofern es sich um einfache Lehrer handelt, sich nur den äußeren Anschein gibt.

Diese Tatsache ist jedoch nur eine unter den vielen pädagogischen Maßnahmen, denen die Schuljugend in den vergangenen Jahren ausgesetzt war und ist. Hinzunehmen muß man nun die gegenüber früher völlig veränderte Unterrichtspraxis und -methode, die Lehrbücher und die sogenannte „außerschulische Betreuung“. Schon das Schulkind ist im

## DEUTSCHE JUGEND HINTER DEM EISERNEN VORHANG

Gegensatz zu seinen westdeutschen Kameraden nicht mehr Herr über seine Freizeit. Bekannt ist ferner die Tatsache, daß nach den Beschlüssen des letzten Parteitages der SED der politechnische Unterricht durchgeführt wurde, das bedeutet, daß an einem Tag der Woche die Schüler der oberen Klassen eine praktische Arbeit je nach Bedarf zu verrichten haben. Die außerschulische Betreuung soll der Gemeinschaftsbildung dienen, hat aber offensichtlich den Zweck, die Kinder einzuspannen und sie dem Einfluß der Familie zu entziehen. Weiter kommt die Beteiligung in den verschiedensten Interessengruppen durch die „Jungen Pioniere“ hinzu, die zwar nicht für jeden verbindlich ist, der man sich aber entsprechend den Methoden, die angewandt werden, kaum entziehen kann. Wenn sich zwei achtjährige Mädchen auf dem Schulweg über die Frage „Glaubst du an Gott?“ unterhalten und darüber nicht nur verschiedener Meinung sind, sondern sich sogar verfeinden, ist dies ein Beispiel für viele, um deutlich zu machen, in welchen Zwiespalt bereits Schulkinder gebracht werden. In einer Klasse mit zwölfjährigen Schülern bittet der Lehrer, daß diejenigen, die noch Religionsunterricht nehmen, den Arm heben. Das Ergebnis war, daß etwa die Hälfte der Klasse am Religionsunterricht teilnimmt. Darauf wendet sich der Lehrer an die andere Klassenhälfte, die keinen Religionsunterricht mehr hat, und weist sie an, die anderen Kinder, die noch rückständig seien, tüchtig auszulachen. Abgesehen davon, daß diese Maßnahme höchst unpädagogisch war, ist zu erkennen, in welche inneren und auch äußeren Schwierigkeiten bereits Kinder bewußt getrieben werden.

Diese wenigen Beispiele mögen veranschaulichen, wie man staatlicherseits alles darauf abstellt, um zu einem „neuen Menschenbild“ zu gelangen. Demgegenüber steht eine Vielzahl von Beispielen, die erkennen lassen, daß trotz drastischer Maßnahmen auch drüben Schulkinder so sind, wie man sie sich sonst vorstellt, die dennoch spielen und ganz Kind sein können, so, als gäbe es keine Spruchbänder, die auf den Aufbau des Sozialismus hinweisen, und keine Verpflichtungen, keine Bitt- und Dankschreiben an den Präsidenten der „Deutschen Demokratischen Republik“ oder an den Ministerpräsidenten Chruschtschow. Sie spielen Trapper und Indianer oder Räuber und Polizist und finden es ebenso herrlich wie die Kinder hier, sich Straßenkämpfe zu liefern oder mit Fahrrad oder Roller herumzufegen. Das besondere Ereignis ist aber Onkel, Tante oder Bruder in Westdeutschland, auf die man stolz ist, und das Paket aus dem Westen ist fast ein Heiligtum.

Die Inanspruchnahme des jungen Menschen schreitet mit seinem Älterwerden fort. Nach Beendigung der Schule und dem Eintritt ins Berufsleben ist der Lehrling nicht nur einer, der etwas lernen soll, sondern bereits „ein Schaffender am Aufbau des Sozialismus“. Kein Betrieb, auch nicht der kleinste Privatbetrieb, ist hiervon befreit. Dabei ist es für die Eltern nicht einfach, ihre Kinder überhaupt in ein Lehrverhältnis zu bekommen, jedenfalls in Gebieten, in denen es kaum Industrie gibt. Einem privaten Handwerksmeister werden erhebliche Schwierigkeiten und Auflagen gemacht, wenn er einen Lehrling für seinen Betrieb haben will, neuerdings in der Weise, daß die Einstellung solcher, die nicht die Jugendweihe empfangen haben, unmöglich ist. Sicherlich wird es dennoch in den einzelnen Gebieten sehr unterschiedlich in der Durchführung sein, aber die Tatsache als solche bleibt bestehen.

Noch mehr als das Schulkind ist der Lehrling in seiner Freizeit beschnitten. Eine Ausnahme bilden nur diejenigen, die noch in der Familie leben und die durch diese Familie, wenn sie noch „konservativ“ gesinnt ist, entsprechend beeinflusst werden. Selbst in kleinen Städten sind aber schon Lehrlingsheime entstanden, um zu erreichen, daß die Erziehung ganz bestimmten Einflüssen unterworfen wird und damit verbunden die Freizeit des Jugendlichen weitgehend bestimmt. Seit langem herrscht jedoch der Eindruck vor, daß die Aktivität der Jugendlichen in der FDJ, die für sie allein gültige und verbindliche Jugendorganisation, gegenüber den ersten Anfängen nicht nur nachgelassen hat, sondern heute nur noch künstlich herbeigeführt wird. Es ist für einen Außenstehenden schwer zu begreifen, daß alles, aber auch wirklich alles, seine Wertung durch die politische

Aktivität erhält, daß selbst intimste und allerpersönlichste Privatangelegenheiten darin einbezogen werden. Der junge Mensch in seinen besonderen Schwierigkeiten während der Entwicklungsjahre findet hier bei uns schon häufig genug wenig Verständnis und Hilfe, geschweige dort, wo ihm echte Möglichkeiten zu einer Entfaltung und natürlichen Lenkung seines jungen Lebens verschlossen bleiben.

Jedem fällt bei einem Vergleich im Straßenbild auf, daß es in der DDR kaum Jugendliche aufweist. Betrachtet man hierbei besonders die Altersstufen ab 18 Jahre und älter, also jene Jahrgänge, die als geburtsstark bezeichnet werden, so sollte man meinen, daß diese Bezeichnung für die Zone nicht zutrifft. In den Städten, in denen Garnisonen der Volksarmee oder des Grenzschutzes liegen oder sich sonstige militärische Einheiten befinden, sieht man zweifellos genug junge Menschen — allerdings in Uniform. Das dürfte wohl zu dem Erschreckendsten gehören, was einem drüben auffällt. Obgleich in der DDR keine Wehrpflicht besteht, sind doch die Jahrgänge der Achtzehnjährigen und darüber als Zivilisten sehr rar vertreten. Theoretisch setzt sich die VP und die Volksarmee aus sogenannten Freiwilligen zusammen. In der Praxis dagegen besteht ein indirekter Druck, den Wehrdienst abzuleisten. Selbst Facharbeiter sind hiervon nicht ausgenommen, und Betriebe und Betriebsleiter sowie die Jugendlichen werden durch Betriebsversammlungen und andere Maßnahmen daraufhin bearbeitet, daß das berufliche Fortkommen des Jugendlichen nur dann gesichert ist und ihm Aufstiegsmöglichkeiten nur dann offenstehen, wenn er seiner Wehrpflicht genügt hat. Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß ein erheblicher Teil auch von sich aus den Wehrdienst bejaht, sich sogar auf längere Zeit verpflichtet, nicht zuletzt deshalb, weil ihm dort ein guter Sold und Aufstiegsmöglichkeiten geboten werden.

Der Grund dafür ist ferner noch darin zu suchen, daß im zivilen Bereich *nicht genügend Arbeitsplätze* vorhanden sind, die von der fachlichen Seite her befriedigen könnten, da es eben trotz aller Besserungen dennoch auf allen Gebieten mangelt (z. B. minderwertiges Material, Materialmangel überhaupt). Ein weiterer Grund besteht auch darin, daß man sich durch den Wehrdienst von anderen politischen und sonstigen Aufgaben und Verpflichtungen, die neben dem Beruf zu erfüllen wären, frei machen kann.

Diese völlig veränderte Struktur in dem äußeren Erscheinungsbild der Jugend findet ihresgleichen nur in den anderen Satellitenstaaten und ist in Westeuropa undenkbar. In diesem Punkt wird ganz besonders *die Entfremdung* zwischen den gleichaltrigen Deutschen in der Bundesrepublik und denen in der SBZ spürbar. Die jungen Menschen gehen kaum aus sich heraus, und wenn man Gelegenheit hatte, mit einigen zu sprechen, so spürte man das Mißtrauen gegenüber dem Besucher aus dem Westen. Nicht nur die alte Uniform, sondern auch der preußische Barras ist wieder auferstanden und wird weitgehend von den Jungen akzeptiert als der Inbegriff von Ordnung und Pflichterfüllung. Sie sind sich weithin ihrer Sache gewiß, daß sie den Frieden verteidigen und verteidigen müssen, „um den fortschrittlichen Aufbau des gesamten sozialistischen Lagers zu sichern“.

Nicht zu vergessen ist die Gruppe der Studenten und Studentinnen, die in den Universitäten und Hochschulen in der Ausbildung stehen. Während man vor einiger Zeit noch in den Zeitungen lesen konnte, daß sich die Studenten nach Abschluß ihres Abiturs oder eines Studiumabschnittes freiwillig zur Volksarmee meldeten, ist heute ein Weiterstudium oder eine Anstellung *davon abhängig*. Der Student wird heute nur noch mit dem Fahneid aus seinem Studium entlassen, Zeugnisse, gleich welcher Art, werden ihm nicht ausgehändigt; bei Indienststellung gehen diese von der Schule direkt dorthin. In der Regel sind die Studenten internatsmäßig an den Hochschulorten zusammengefaßt und stehen somit ebenfalls ständig in einer Gemeinschaft den Anforderungen der Schule, des Alltags und ihrer „Freizeit“ gegenüber. Ihr individuelles Dasein ist auf ein Minimum reduziert und reicht eventuell für die Durchführung der Arbeiten für den Unterricht. Ständig sind sie sogenannten Zwischenexamen, die selbstverständlich in jedem Fach den

## DEUTSCHE JUGEND HINTER DEM EISERNEN VORHANG

politischen Akzent tragen, sowie laufend schriftlichen Prüfungsarbeiten für verschiedene Fächer ausgesetzt. Erfreulicherweise ist aber gerade unter ihnen die Opposition am stärksten vertreten, die nicht selten den Gefährlichkeitsgrad erreicht, der günstigstenfalls den Ausschluß vom Stipendium zur Folge haben kann.

Zusammenfassend muß jedoch als Positivum herausgestellt werden, daß es dem Staat und den Parteiorganisationen mit allen Maßnahmen nicht gelungen ist, jedenfalls nicht im Bereich der Großstädte und der um Berlin liegenden Mark Brandenburg, den „westlichen Lebenszuschnitt“ zu verbergen. Sehr deutlich ist durch die Existenz von West-Berlin in zunehmendem Maße sowohl an der Kleidung als auch an der Haltung und am Auftreten derjenigen Jugendlichen, die noch Zivil tragen, etwas von dem spürbar, was uns auch bei der westdeutschen Jugend begegnet.

### *II. Die Eingliederung der Flüchtlingsjugend in der Bundesrepublik*

Jeden Monat gibt der Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte eine Statistik über das „Notaufnahmeverfahren“ heraus. Nach dieser sind bis zum 30. November 1958 2 177 887 Menschen aus der SBZ seit 1949 in die westdeutsche Bundesrepublik gekommen, um einen Antrag auf Notaufnahmeverfahren zu stellen. *Mehr als 50 vH der Antragsteller sind Jugendliche unter 24 Jahren.* Wenn man diejenigen hinzurechnet, die, ohne ein Notaufnahmelager anzulaufen, darauf verzichten, einen Antrag auf Aufnahme zu stellen, so wird man nicht zu hoch greifen, wenn man die Zahl von insgesamt 3 Millionen geflüchteter Menschen annimmt.

Es darf aber nicht vergessen werden, daß in den Jahren nach dem totalen Zusammenbruch bis 1949 8,5 Millionen Heimatvertriebene ebenfalls eine neue Heimat in Westdeutschland gesucht haben. Daneben sind die heimatlosen Ausländer, die vor dem Kommunismus aus Osteuropa flüchteten und aus den verschiedensten Ländern stammen, mit einer Größenordnung von über 200 000 zu nennen. Zu dieser Gruppe sind die 14 000 überwiegend jugendlichen Flüchtlinge hinzuzurechnen, die im Zusammenhang mit der Revolution in Ungarn nach Westdeutschland kamen. Auch die Aussiedler, die nach jahrelangem Bemühen von den polnischen Behörden nunmehr eine Ausreiseerlaubnis zum Zwecke der Familienzusammenführung erhalten und über Friedland zu uns kommen, sind in dieser bunten Palette der verschiedenen Personenkreise zu nennen. Dies sind bis zum Augenblick über 150 000.

Es ist gut, einmal all diese Zahlen beieinander zu haben, um *die Größe der gestellten Aufgabe* zunächst einmal vom Umfang her bestimmen zu können. Vergessen wir aber nicht, daß hinter jeder dieser Zahlen ein Mensch steht, der einmal ein Heim, einen Beruf und Freunde besessen hat! Welche Dramatik und menschliche Tragödie mit diesen Zahlen tatsächlich verbunden ist, übersteigt unser Vorstellungsvermögen. Die Begegnung mit einem Einzelschicksal wird uns das immer wieder deutlich machen.

Eine andere Seite dieses Zahlenspiegels muß ebenfalls genannt werden. Die mit diesem Flüchtlingsstrom zugewanderten Arbeitskräfte sind aus der westdeutschen Wirtschaft nicht mehr wegzudenken. Welche Konsequenzen es haben würde, wenn diese Menschen alle nicht mehr zur Verfügung ständen, kann man sich schnell klarmachen. Flüchtlinge sind nicht nur Aufgabe, sondern auch Gabe. Dieses gilt sowohl vom Materiellem wie vom Geistigen her.

Daß es trotz der rund 12,5 Millionen Flüchtlinge unter uns bis heute zu keinen nennenswerten Schwierigkeiten gekommen ist, darf dankbar anerkannt werden und beruht sicherlich auf dem Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Aber auch der gute Wille des größten Teils unter den Flüchtlingen muß dabei als wesentlicher Faktor erwähnt werden.

Wenn wir nun von Eingliederung sprechen, dann stellt sich die damit verbundene Aufgabe im Blick auf die erwähnten Personenkreise unterschiedlich dar. Für die heimat-

losen Ausländer kann es sich dabei immer nur um eine Integration, niemals aber um eine Assimilation handeln. Der Wunsch, in ihre Länder zurückzukommen und in Freiheit dort leben zu wollen, ist das bestimmende Element ihrer Gemeinschaftsbildungen hier unter uns.

Von den Flüchtlingen deutscher Sprache kann dieses naturgemäß nicht generell festgestellt werden. Bei den weiteren Betrachtungen wollen wir uns beschränken auf die *Flüchtlinge aus Mitteleuropa*. Die Frage nach der Eingliederung für diesen Personenkreis stellen, heißt, das Motiv der Flucht oder auch Zuwanderung zu erhellen. Gleichgültig, welche vordergründigen Angaben der Jugendliche über den Anlaß seiner Flucht macht, sein Entschluß, im Westen sein Leben fortzusetzen, muß auf dem Hintergrund der politischen Situation in der Zone gesehen werden. Zunächst ist jeder von dem festen Willen beseelt, einen neuen Lebensabschnitt zu beginnen.

Die Hoffnung auf Freiheit erfüllt diesen Willen oftmals mit Elan. Die erste Begegnung mit dem freien Westen in Gestalt eines Flüchtlingslagers und den notwendigerweise bürokratischen Apparaturen, die zur Aufnahme des Flüchtlings führen, bringt schon in diesem Stadium eine starke Ernüchterung. Gelingt es, im Lager durch geeignete Maßnahmen und durch die Hoffnung auf den endgültigen Schritt in die Freiheit den Willen zum Neuanfang zu erhalten, was bei dem oft mehrmonatigen, ja jahrelangen Aufenthalt nicht einfach ist, so entsteht eine schwere Krise, nachdem der Jugendliche am Ort seiner Eingliederung eingeworfen ist. Die ersten Wochen mögen noch vom Reiz des Neuen bestimmt werden, jedoch bald kommen die Enttäuschungen und die Erfahrung, die ein junger Flüchtling in folgende Worte zusammenfaßte: „*Wir suchten die Freiheit und kamen in die Fremde.*“

Zu dieser Erkenntnis muß hinzugefügt werden, daß es eine gefährliche Verharmlosung sein würde, wollte man dem kommunistischen Propaganda- und Erziehungssystem keine stärkere Auswirkung unter den Jugendlichen zuerkennen, als daß diese Auswirkung durch einige Wochen Aufenthalt im Westen überwunden werden könnte. Nicht nur die völlig andere Umwelt, die den jungen Menschen vor Schwierigkeiten stellt, die uns unbekannt bleiben, z. B. die rechte Anwendung des Geldes, sondern auch die lange andauernde Wirkung der ideologischen Beeinflussung macht es notwendig, daß der Jugendliche bei seiner Eingliederung eine Hilfe erhält. Jedoch sollte, soweit es sich nicht um besonders schwierige Fälle handelt, dabei der Grundsatz beachtet werden, daß die Eingliederungshilfe *eine Brücke zum selbstverantwortlichen Leben* ist. Damit diese Eingliederungshilfe nicht isoliert geschieht, muß sie unmittelbar der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und geistigen Situation Westdeutschlands „ausgeliefert“ sein. Die sich durch diese Konfrontierung ergebenden Schwierigkeiten müssen durch einen erfahrenen Jugendleiter und Pädagogen mit dem Jugendlichen gemeinsam überwunden werden und zur persönlichen Meinungsbildung führen.

Ein besonderes Wort muß in diesem Zusammenhang zu der geistigen Situation der aus dem kommunistischen Machtbereich zu uns herüberkommenden jugendlichen Flüchtlinge gesagt werden. Allzu schnell sind wir bereit, dem jugendlichen Flüchtling eine moralische Beurteilung zukommen zu lassen, die ihm unter Berücksichtigung seines Weges in den entscheidenden Phasen seines Jugendlebens nicht gerecht wird. Der Zugriff des Staates ist in ideologischer Hinsicht total. Dies geschieht von den vier Haupteinwirkungsmöglichkeiten aus; das sind 1. die Schule, 2. die Parteiorganisationen (FDJ), 3. die Gesellschaft für Sport und Technik (GST), 4. eine den Jugendlichen und seinen speziellen Interessen gemäße Staatsorganisation (Hobbygruppe).

Das Ziel dieses ideologischen Zugriffs ist die Schaffung des „neuen Menschen“, der die Voraussetzung zur Verwirklichung des Kommunismus ist. Unter Ausnutzung des naturgegebenen beruflichen Strebens des jungen Menschen, gekoppelt mit den Lockungen einer wirtschaftlichen Besserstellung, wird dieser Zugriff auch dort zu einem prägenden Faktor, wo die Partei und die offizielle Politik abgelehnt werden. Selbst dort, wo die

## DEUTSCHE JUGEND HINTER DEM EISERNEN VORHANG

Familie intakt ist und eine Gegenwirkung ausüben könnte, wird solche Wirkung weitestgehend dadurch aufgehoben, daß der Jugendliche selbst aus Furcht vor der Isolation (keiner möchte abseits stehen) sich immer wieder diesem Zugriff ausliefert.

Andererseits ist der junge Mensch in seinem Entwicklungsprozeß viel zu sehr dem „Menschem“ verhaftet, als daß er als willenloses Objekt der Schulung anzusprechen wäre. Es ist nicht zufällig so, daß in den kommunistischen Staaten, in denen die Jugend materiell und gesellschaftlich wesentlich stärker gefördert wird als im Westen, diese doch die eigentlichen Unruheherde bildet und dort — wo es möglich ist — die Flucht wählt. Welches Fluchtmotiv aktuell und vordergründig ein Jugendlicher auch immer angeben mag, zutiefst weicht er dem ideologischen Zugriff aus. Dort, wo die Flucht nicht möglich ist oder aus anderen Gründen nicht gewählt wird, geht der Jugendliche in die innere Emigration. Formen der inneren Emigration sind a) Heuchelei und Lüge, b) das geistige Abschalten, c) der Rückzug auf die Substanz des Elternhauses oder anderer geistiger Potenzen — wie die Kirche—, d) in Ausnahmefällen der Rückzug auf das eigene Ich.

Es würde den Rahmen dieser Darlegungen überschreiten, wenn die sich daraus ergebenden Erscheinungsbilder der Verhaltensweisen der Jugendlichen noch im einzelnen aufgezeigt werden sollten. Nur auf einige wesentliche Dinge soll noch hingewiesen werden. Im kommunistischen Staat lebt der junge Mensch ständig im Spannungsfeld, das dieser Staat durch seinen ideologischen Zugriff schafft. Beim Eintritt in die westliche Welt fällt nicht nur das Spannungsfeld fort, sondern der Staat fehlt weithin auch als Stütze. Bestenfalls begegnet er dem Jugendlichen heute in den verschiedenen Formen der Bürokratie. Auch die Gesellschaft — drüben vom Schulunterricht bis zu gesellschaftlichen Aktionen ein Faktor des jungen Lebens — begegnet ihm hier so gut wie nicht oder in seiner Sicht als eine „profitsüchtige Horde“. Das, was der Jugendliche drüben erwartet hat und hier sucht, fehlt, und er steht im „luftleeren Raum“. Ob sich dieser luftleere Raum in Krisenzeiten durch bestimmte Beeinflussung füllt oder mit der Rückerinnerung an die kommunistische Ideologie oder mit anderen geistigen Werten, ist die große Frage, die über der Aufgabe der Eingliederung steht. Der jugendliche Zuwanderer kann in allen seinen Verhaltensweisen erst recht verstanden werden, wenn er gesehen wird als das Ergebnis des totalen ideologischen Zugriffs durch den kommunistischen Staat und seine Organisationen. Von daher ist zu verstehen, daß diejenigen, die sich der Aufgabe der Eingliederung der Flüchtlingsjugend annehmen, nur stellvertretend dieses für die Gesamtgesellschaft tun können, und daß diese Aufgabe *das Übungsfeld für die Wiedervereinigung unseres Volkes* ist.

Kommt der jugendliche Flüchtling allein, ohne Familie, so ist der Lageraufenthalt verhältnismäßig kurz für ihn, denn recht bald sind ein Arbeits- und ein Wohnplatz gefunden. Die Erkenntnis, daß der Jugendliche in den ersten Monaten nicht allein gelassen werden darf, hat dazu geführt, daß begleitende Maßnahmen der Jugendsozialarbeit in Form der *Jugendgemeinschaftswerke* — durch den Bundesjugendplan und durch die Länder gefördert — ihm helfend zur Seite stehen. Der Leiter eines solchen Jugendgemeinschaftswerkes hat die Aufgabe, sowohl sich des Einzelfalles anzunehmen wie in gruppentpädagogischer Arbeit die geistige und gesellschaftliche Eingliederung zu unterstützen. Die jetzt begrenzte Dauer solcher Gilden auf sechs Monate ist nach allen Erfahrungen zu kurz. Bald stellen sich Schwierigkeiten in der Ausbildung oder am Arbeitsplatz ein, und die geistige Krise geht in vielen Fällen damit Hand in Hand. Alle Träger dieser Arbeit fordern daher seit langem eine *Verlängerung auf zwölf Monate*.

Ein besonderes Problem stellt sich für die Jugendlichen, die in der Zone einen Beruf erlernt haben, den sie gegen ihren Willen annehmen mußten. Konnte bisher in solchen Fällen nach abgeschlossener Berufsausbildung keine weitere Beihilfe gezahlt werden, so sieht dieses nunmehr die Neufassung des Erlasses vor. Damit wird denen Gerechtigkeit zuteil, denen aus „gesellschaftspolitischen“ Gründen etwa das Studium oder bestimmte Berufe verwehrt wurden. Auch dort, wo ein Anspruch auf eine der anderen möglichen

Ausbildungsbeihilfen vorliegt und die gewährte Beihilfe dem tatsächlichen Bedarf nicht entspricht, soll nunmehr durch eine Aufstockungszahlung geholfen werden. Diese Regelung gilt für alle Berufs- und Ausbildungswege. Für Studenten und Abiturienten wird der Garantiefonds durch das Sozialamt des Bundesstudentenrings und dessen örtliche Gliederungen verwaltet, für die übrigen Berufe durch eine von den Kommunalbehörden bestimmte Stelle. In der gesamten Bundesrepublik sind die Jugendämter generell als Kontaktstelle für die jugendlichen Flüchtlinge benannt.

Die Anerkennung von Prüfungen, die im Rahmen der Berufsausbildung abgelegt werden, ist immer noch nicht einheitlich geregelt. Bemühungen darum sind aber bei allen dafür in Frage kommenden Stellen im Gange.

Viel umstritten sind nach wie vor die sogenannten Förderlehrgänge für Abiturienten, die zum Ziele haben, eine Anerkennung des Ostabiturs zu sichern. Diese Lehrgänge dauern in der Regel sechs Monate, sind aber in ihrer schulischen Gestaltung in den einzelnen Ländern unterschiedlich. So werden z. B. in Bayern drei und in Hessen nur zwei Fremdsprachen gefordert. Eine Vereinheitlichung der gestellten Forderungen würde eine wesentliche Vereinfachung darstellen, wobei zu prüfen ist, ob die Laufzeit von sechs Monaten ausreicht, um das Ziel tatsächlich zu erreichen.

In diesem Zusammenhang müssen die Förderlehrgänge für die jugendlichen Aus-siedler aus den polnisch verwalteten Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie erwähnt werden. Diese dienen insbesondere zur Erlernung der deutschen Sprache und haben das gleiche Abschlußziel wie unsere achtklassigen Volksschulen. Ob es richtig ist, diese Jugendlichen ein Jahr lang — soweit sie bereits berufsfähig sind — nur mit schulischen Dingen zu beschäftigen, soll als offene Frage hier stehenbleiben.

So sicher eine gerechte Berufsausbildung ein wesentlicher Bestandteil der Eingliederung ist, so sicher ist auch, daß die gesellschaftliche Eingliederung gleichwertig daneben genannt werden muß. Soweit Feststellungen getroffen werden konnten, sind die Motive der Rückkehr in die Zone in einer falschen Berufsvermittlung oder in der Einsamkeit des Jugendlichen zu suchen. — Trotz aller Aufrufe und Aufklärungsarbeit ist es bis jetzt noch nicht gelungen, die Bevölkerung Westdeutschlands in der Gesamtheit für die hier vorliegende Verpflichtung aufzuschließen.

Ein besonderes Kapitel ist die *Unterkunft* für den Jugendlichen. Schon in den normalen Jugendwohnheimen ergeben sich erhebliche Schwierigkeiten. Wo aber der Jugendliche gezwungen ist, privat ein Zimmer zu mieten, sieht er sich oftmals nicht nur wuchernden Zimmervermietern gegenüber, sondern ist auch allen anderen damit verbundenen möglichen Gefahren ausgesetzt. Alle Arbeit der Jugendgemeinschaftswerke muß scheitern, wenn die Unterkunft derart ist, daß das pädagogische Bemühen zerstört wird. Gerade aber auch bei der Lösung dieser Aufgabe sind alle Glieder unserer Gesellschaft zur Verantwortlichkeit aufgerufen. Geeignete Familien sollten gegebenenfalls auch unter eigenem Opfer Wohnraum zur Verfügung stellen, um Jugendliche aufzunehmen.

Auch am *Arbeitsplatz* gilt es, Rücksicht darauf zu nehmen, daß der Jugendliche aus einer anderen Welt — auch aus einer anderen Arbeitswelt — kommt. Bei uns gilt das Leistungsprinzip; der Jugendliche aus der Sowjetzone kennt nur das Plansoll, das im Kollektiv erfüllt werden muß. Er hat oft genug erlebt, daß die Nichterfüllung des Solls von seinen älteren Arbeitskameraden als eine gute Sache angesehen wurde. Selbst wenn der Jugendliche in seiner Ausdrucksweise immer wieder erkennen läßt, daß seine vom Kommunismus bestimmten Ideen noch bei ihm mitschwingen, sollten wir die Bemühung um ihn nicht aufgeben.

Richten wir vielmehr all unsere Bemühungen darauf, Westdeutschland — den anderen Teil unseres deutschen Vaterlandes — für den Jugendlichen nicht zur Fremde, sondern zur Heimat werden zu lassen. Dadurch erfüllen wir eine nationale und eine menschliche Aufgabe, die uns die Stunde gebietet.